

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Referat 01

**Projektgruppe "Bürgerschaftliches
Engagement und Verwaltung"
hier: Zusammenfassung der Ergebnisse und
Perspektiven**

Informationsvorlage

Beschlusslauf!

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Behandlung | Kenntnis genommen | Handzeichen |
|-------------------------------|----------------|------------|---|-------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 01.12.2004 | N | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |
| Gemeinderat | 16.12.2004 | Ö | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein | |

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die schriftliche und mündliche Information über die Ergebnisse der Projektgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Verwaltung“ zur Kenntnis.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.12.2004

Ergebnis: Kenntnis genommen

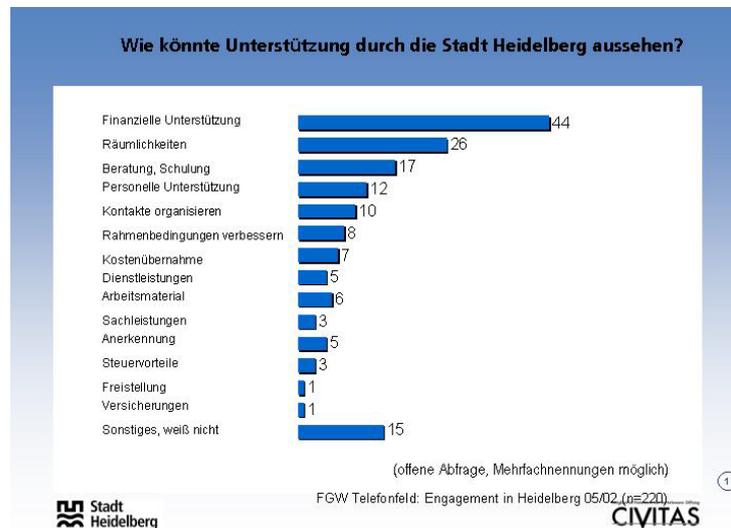
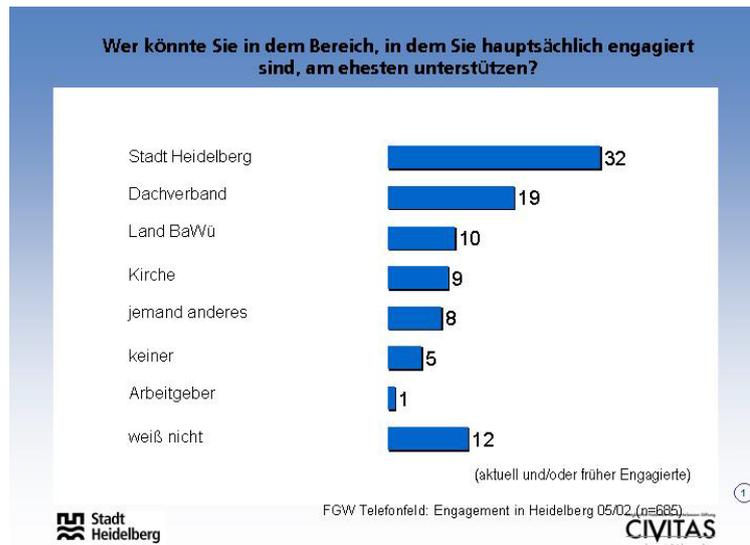
Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2004

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Einleitung

Im Konzept zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Heidelberg aus dem Jahr 2001 war die Einrichtung eines Verwaltungsarbeitskreises vorgesehen, der sich damit beschäftigen sollte, wie die Verwaltung im Hinblick auf die Veränderungen beim Bürgerengagement in Heidelberg reagieren kann. Die im Jahr 2002 durchgeführte „Engagement-Studie“ hatte dann zum Ergebnis, dass ein Großteil der befragten Engagierten die Verwaltung und deren Dienstleistungen als wichtige Unterstützung für ihr Engagement verstehen (siehe Grafiken).



Wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung der Engagementförderung erhält Heidelberg aus zwei Städtenetzwerken: dem Städtenetzwerk von Sozialministerium und Städtetag Baden-Württemberg und dem CIVITAS-Netzwerk der Bertelsmann Stiftung bürgerorientierter Städte. Von beiden Netzwerken erhält bzw. erhielt die Stadt Heidelberg sowohl personelle als auch finanzielle Unterstützung als Modellstandort.

Als lernende Verwaltung wurde in Heidelberg das Instrument der „Projektgruppen“ eingeführt, in denen amtsübergreifend sich verändernde Aufgabengebiete diskutiert und Lösungsansätze entwickelt werden können. So wurde aus dem geplanten Verwaltungsarbeitskreis die Projektgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Verwaltung“, die von Dezember 2003 bis Oktober 2004 arbeitete.

Ziele der Projektgruppe

Der hohe Stellenwert des Bürgerengagements und das Interesse, das ihm in den letzten Jahren entgegengebracht wurde, gilt als Indiz einer gesellschaftlich-politischen Umbruchsituation. Auf dem Prüfstand steht die Aufgaben- und Verantwortungsverteilung zwischen Staat und Gesellschaft, wie sie sich im Laufe der Entwicklung des modernen Staates herausgebildet hat.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit Bürgerinnen und Bürger, motiviert und unterstützt durch die Verwaltung, bereit sind, für ihr gesellschaftliches Umfeld mehr Verantwortung zu übernehmen.

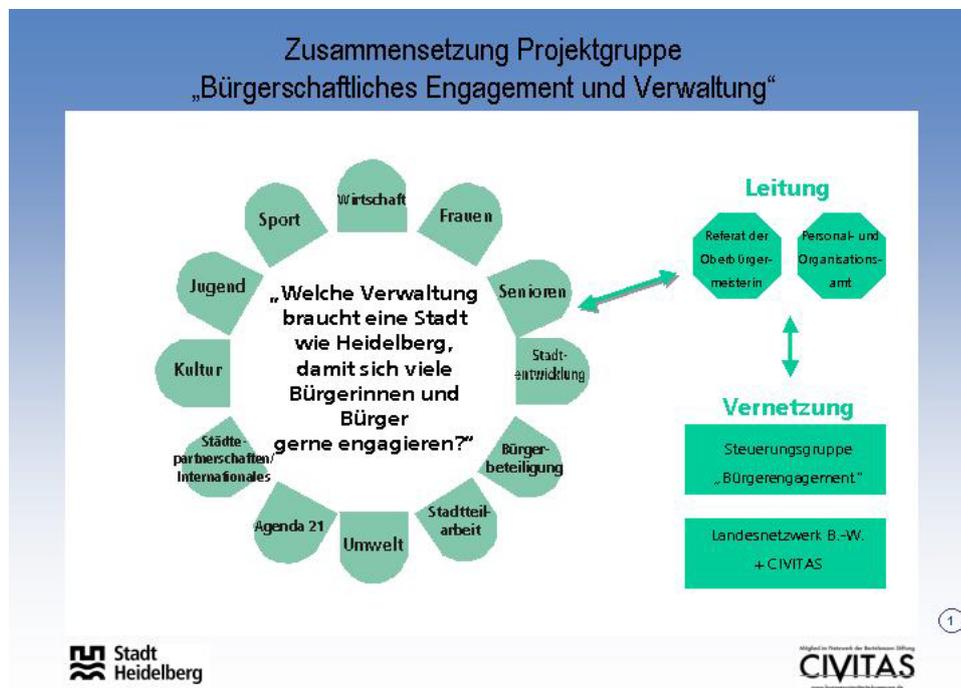
In der Projektgruppe ging es darum, Ideen und Vorschläge aus den verschiedenen Fachbereichen zusammen zu tragen und nach neuen Formen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Heidelberg zu suchen.

Außerdem wurde über Anerkennung und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Verwaltungsmitarbeiter im Zusammenhang mit „Corporate Citizenship“ (Engagement der Verwaltung als Arbeitgeberin) diskutiert.

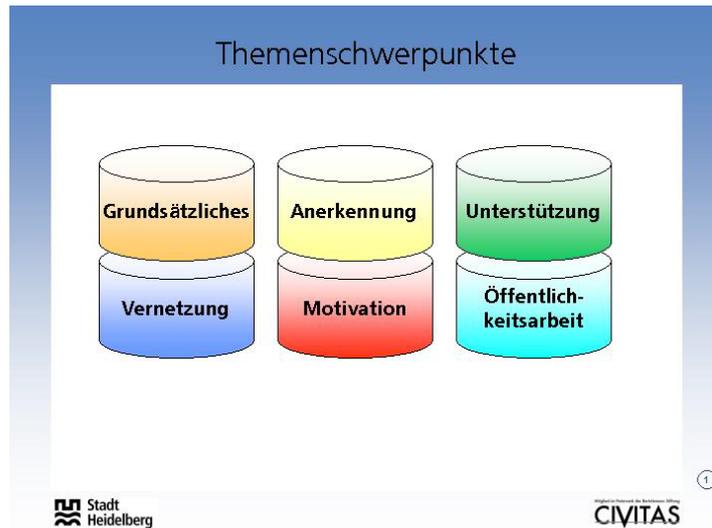
Grundsätzliches Ziel dieser Projektgruppe war es, darüber nachzudenken und Vorschläge zu erarbeiten, wie sich die Verwaltung weiterhin von einer „Erledigungs- zu einer Ermöglichungsverwaltung“ entwickeln kann.

Zusammensetzung und Ablauf der Projektgruppe

Die Projektgruppe traf sich zwischen Dezember 2003 und September 2004 einmal pro Monat und arbeitete teilweise in Arbeitsgruppen zusammen. Es wurde darauf geachtet, dass die Gruppe mit Personen aus Fachbereichen besetzt war, die vielfach mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen und Initiativen des Bürgerengagements zu tun haben (siehe Grafik).



Gleich zu Beginn wurden gemeinsam Themenschwerpunkte erarbeitet, die dann im Verlauf der Treffen näher ausgearbeitet wurden (siehe Grafik). Bei Bedarf wurden ExpertInnen hinzugezogen.



Ergebnisse

Grundsätzliches

Es ist wichtig, Bürgerinnen und Bürger als (Koproduzenten und) MitgestalterInnen unserer Gesellschaft zu gewinnen, um so die Identifikation mit Heidelberg und die Integration zu fördern. Dabei ist es wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, öffentliche Aufgaben zukünftig auf die Bürgerschaft „abzuwälzen“. Es gilt vielmehr, durch bessere Transparenz von Verwaltungsentscheidungen kontinuierlich das Vertrauen in die Verwaltung zu gewinnen und zu stärken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass beispielweise auch die positiven sowie negativen Konsequenzen wichtiger Entscheidungen der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft deutlich gemacht werden. Langfristiges Ziel könnte es sein, einen bereichsbezogenen Umsetzungsleitfaden zur Verbesserung der BürgerInnenkooperation der Verwaltung zu erarbeiten. Neben einer Stärken-Schwächen-Analyse ist die Frage zu prüfen, wo Bürgerengagement erforderlich ist, wie können die Fachbereiche Engagement fördern und welche neuen Möglichkeiten der Kooperation sind denkbar.

Vernetzung

„Bürgerschaftliches Engagement benötigt Öffentlichkeit und Interessenvertretung auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen, in den verschiedenen Feldern sowie über die einzelnen Engagementbereiche hinaus. Dafür ist die Bündelung der vorhandenen Ressourcen und die Vernetzung von Akteuren, Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft wichtig. Der Aufbau von Netzwerken kann dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten und geeignete Förderstrategien zu entwickeln und umzusetzen.“ (aus dem Enquete-Bericht des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002)

In diesem Sinne soll die Vernetzung dem Aufbau tragfähiger Strukturen sowohl außerhalb als auch innerhalb der Verwaltung dienen. Landes- und bundesweit ist Heidelberg erfolgreich in Netzwerken aktiv. Die regionale Vernetzung könnte ausgebaut werden. Auch innerhalb der Stadt bestehen verschiedene funktionierende Netzwerke u. a. die „Koordinierungsgruppe Bürgerengagement“, in der auch Mitglieder des Gemeinderates vertreten sind. Notwendig für die effiziente Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist die interne Vernetzung der Stadtverwaltung.

Beim Referat der Oberbürgermeisterin besteht bereits eine Koordinationsstelle für Bürgerengagement. Damit sie vernetzend tätig werden kann, muss sie sowohl innerhalb der Verwaltung als auch nach außen besser kommuniziert werden. Sie sollte beim Bürgerservice als One-Stop-Agency zusammen mit BE-Ansprechpartnern in den Fachämtern bekannt sein und entsprechend genutzt werden.

Zur innerstädtischen Thematisierung und Vernetzung von BE wäre eine Nutzung des städtischen Mitteilungsblattes sinnvoll, da es in Heidelberg keine Mitarbeiterzeitung gibt. Ebenso sollte im Stadtblatt auf die Koordinationsstelle Bürgerengagement öfter hingewiesen werden.

Denkbar wäre auch eine Vortragsreihe über verschiedene Themen, die für die Verwaltung bzgl. Bürgerengagement und Zivilgesellschaft relevant sind. Dies könnte im Zusammenhang über das interne Fortbildungsprogramm für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen.

Die Förderung und Unterstützung von Ehrenamtlichen in Heidelberg wurde bisher in erster Linie in den verschiedenen Ressorts vorgenommen. Dies soll in Zukunft im Sinne der DRV auch beibehalten werden. Es fehlt jedoch an Abstimmung und Vernetzung der Strategien, Grundsätze und Förderbedingungen. Um dies zu ändern bedarf es der verbindlichen Vernetzung. Einfache Maßnahmen wie das Anlegen einer zentralen Datenbank von Vereinsadressen aus allen Ressorts wären ein Schritt in diese Richtung.

Anerkennung

Zu den wesentlichen Motivationsfaktoren für bürgerschaftliches Engagement gehört die Anerkennung. Sowohl die „Engagement-Studie Heidelberg 2002“ als auch der FreiwilligenSurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 1999 bestätigen dies. Am wichtigsten sind dabei die Berichterstattung in den Medien sowie die Ehrung von offizieller Seite wie beispielsweise durch die im Internationalen Jahr der Freiwilligen in Heidelberg eingeführte „Bürgerplakette“. Die Wünsche nach Anerkennung variieren jedoch bei den verschiedenen Altersgruppen. Die jüngeren Generationen wünschen sich z. B. eher Anerkennung in Form von Vergünstigungen bei Eintrittspreisen oder durch gemeinsame Aktionen wie sie der Stadtjugendring in Heidelberg durchführt.

Im Hinblick auf die Verwaltung ist besonders wichtig, dass allein der konstruktive und freundliche Umgang mit Menschen, die sich in Heidelberg engagieren möchten, schon ein Teil der Anerkennung ist. An mancher Stelle bedarf es deshalb eines Bewusstseinswandels. Die Einbeziehung von Engagierten in Projekte erfordert deshalb von den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an Flexibilität und Kommunikationsfähigkeit.

Grundsätzlich gilt es zwischen ideeller und sachlicher Unterstützung zu unterscheiden. Durch Zuschüsse und die Zurverfügungstellung von Infrastruktur kann Anerkennung von Engagement erfolgen. Die Projektgruppe hat eine Reihe von Ideen gesammelt, von denen hier nur einige genannt werden. Ergänzend zur Bürgerplakette sollte beispielweise über eine Anstecknadel nachgedacht werden, die unter einfacheren Voraussetzungen vergeben werden kann. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Überlegungen über eine Anerkennungskarte nach dem Modell der Ulmer FreiwilligenCard gewidmet. Dabei handelt es sich um eine Vergünstigungskarte, die unter bestimmten Kriterien an Engagierte vergeben werden kann und jedes Jahr erneuert wird.

Motivation

Motivation ist einer der entscheidenden Faktoren für bürgerschaftliches Engagement. Es geht darum, Engagierte „bei der Stange zu halten“ und neue Engagierte zu gewinnen. Dafür ist es u. a. wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger eine Verwaltung vorfinden, die ebenfalls motiviert ist und die Wichtigkeit von Bürgerengagement anerkennt und fördert. Ziel der Verwaltung soll es zudem sein, die Motivation der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Bürgerengagement zu fördern und deren persönliches Engagement aktiv zu unterstützen.

Strategien der Motivation für Bürgerengagement sollten zielgruppenspezifisch gestaltet sein. Vor diesem Hintergrund ist es gerade mit Blick auf die durch den demografischen Wandel immer heterogener werdende Gesellschaft von Bedeutung, für die einzelnen Gruppen die richtige Ansprache zu finden. Wünschenswert wäre daher nach dem Vorbild der Studie „Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement – soziale Milieus in der Bürgergesellschaft“ des Sozialministeriums Baden-Württemberg aus dem Jahr 2000 auch für Heidelberg eine solche Studie durchzuführen. Diese Studie könnte, eingebettet in die derzeit unter dem Aspekt des demografischen Wandels laufende Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, Ergebnisse, Informationen und Aufschlüsse bringen, die in vielen weiteren Aufgabenfeldern von Relevanz sind.

Die immer größer werdende Bedeutung von Bürgerengagement könnte verwaltungsintern durch gezielte Fortbildungsveranstaltungen herausgestellt werden. Die Arbeitgeberin „Stadt Heidelberg“ sollte das Bürgerengagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv unterstützen, indem beispielsweise eine teilweise Freistellung dafür gewährt wird.

Als interne Maßnahme wäre eine Fragebogenaktion denkbar, durch die das Engagement der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermittelt wird. Als Motivation wäre dann beispielweise eine Veröffentlichung im Stadtblatt oder im städtischem Mitteilungsblatt denkbar.

Unterstützung

Eines der Ziele des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 ist die Förderung von Solidarität und Eigeninitiative, wobei solidarische, nachbarschaftliche Beziehungsnetze, in denen sich Professionalität und Ehrenamtlichkeit ergänzen, aktiv subsidiär unterstützt werden sollen. Für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist dies eine wichtige Voraussetzung und die bisherige Grundlage. Wenn es aber um weitergehende, direkte und aktive Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements gehen soll, ist die Weiterentwicklung der bisherigen Unterstützungsstrukturen notwendig.

Ein zentrales Anliegen hierbei muss sein, ein engagementfreudiges Klima in der Verwaltung zu schaffen. Hierzu ist es zunächst notwendig, die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Thema zu sensibilisieren und zu informieren. Eine gute und lückenlose Informationsweitergabe von der Stadtspitze über die Amtsleitungen bis hin zu den einzelnen Abteilungen und Sachgebieten ist Voraussetzung dafür. Am Ende dieses Prozesses sollten schließlich in allen Ämtern kompetente Ansprechpartner für Fragen aus der Bürgerschaft bezüglich bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung stehen. Sie sollen neue Formen der Unterstützung amtsintern diskutieren, um aktiv, zielorientiert weiterzuhelfen.

Konkret soll dies erreicht werden durch die Information der Entscheidungsträger über die Ergebnisse der Projektgruppe und weiteren Entwicklungen im Engagementbereich. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, dass die Arbeitgeberin Stadt Heidelberg auch das Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt. Dies allein kann bereits das Interesse für Bürgerengagement wecken bzw. auch aus einem persönlichen Bezug die positive Einstellung gegenüber Engagierten fördern. Schließlich zeigen alle Engagementstudien, dass gerade im öffentlichen Dienst überproportional viele Engagierte zu finden sind. Dies kann durch Formen einer neuen Unterstützungskultur geschehen wie beispielsweise Berichte über dieses Engagement, Sonderurlaub, neue Zeitmodelle u. a.

Langfristig wäre für Heidelberg denkbar, diejenigen Behörden und Unternehmen, die bürgerschaftliches Engagement unterstützen, zu vernetzen und einen Austausch über verschiedene Maßnahmen in Gang zu setzen. So könnte in der Folge auch eine gewisse Transparenz bei den Akteuren und den Engagierten in Heidelberg über diese Aktivitäten erreicht werden. Im Idealfall könnte dies umfassend in einer Studie untersucht werden.

Dies ist ein Prozess, der mittel- und langfristig neue Ressourcen für ein funktionierendes Gemeinwesen erschließt und der einer kontinuierlichen Weiterentwicklung bedarf.

Öffentlichkeitsarbeit

Die bürgernahe Verwaltung der Stadt Heidelberg muss eine nach außen und innen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit leisten, damit sich viele Bürgerinnen und Bürger gerne engagieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zielgruppen- bzw. medienorientiert vorgegangen wird. Der erklärte Wille der Verwaltungsspitze zur Aufforderung und Betreuung neu anzuwerbender und bereits engagierter Personen ist nur durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit gewährleistet. Die Förderung des verwaltungsinternen Bewusstseins ist die Grundlage, um als bürgerfreundliche Verwaltung Bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Mitverantwortung zu unterstützen.

Zur Realisierung einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit für die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement wurden eine Reihe von Ideen und Vorschläge gesammelt: Sonderseiten im städtischen Mitteilungsblatt, Nutzung des Intranets bzw. der öffentlichen Ordner, BE-Ansprechpartner innerhalb der städtischen Ämter, Service-Rubrik im Stadtblatt, Ausbau des Internets, BE-Koordination ins öffentliche Telefonbuch, 65-Jährige erhalten per Post Informationen und Beratungsangebot über Engagement in Heidelberg sowie ein Informationsangebot bei Zu- und Umzug beim Bürgeramt.

Perspektiven

In der letzten Sitzung der Projektgruppe wurden die Perspektiven einer Umsetzung der erarbeiteten Ergebnisse diskutiert.

Da die Fortschreibung des anfangs erwähnten Konzeptes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Heidelberg aus dem Jahr 2001 geplant ist, sollen die Ergebnisse der Projektgruppe in dieses Konzept aufgenommen werden. Da das Konzept jedoch, wie bereits im Jahr 2001, mit weiteren Akteuren des Bürgerengagements in Heidelberg fortentwickelt werden soll, ist für das Jahr 2005 nach umfassender Diskussion mit entsprechenden Vertretern aus verschiedenen Engagement-Bereichen die Verabschiedung eines solchen Konzeptes im Gemeinderat vorgesehen.

Im Mittelpunkt der Diskussion in der Projektgruppe stand die konkrete Vorgehensweise bei der Umsetzung innerhalb der Verwaltung. Dazu gehörten die möglichen Kommunikationswege sowie die Schaffung möglicher neuer Strukturen. Geprüft werden soll in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, die sowohl die Kommunikation als auch die Umsetzung der Ergebnisse begleiten soll. Vorgeschlagen wurde die Benennung von Ansprechpartnern für Bürgerengagement in den Fachämtern, die wiederum gemeinsam mit der Lenkungsgruppe die Fortentwicklung der Stadtverwaltung im Sinne einer Ermöglichungsverwaltung begleiten soll. Zur Umsetzung einzelner Bausteine können Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Die Gesamtkoordination dieses Prozesses würde die „Koordination Bürgerengagement“ beim Referat der Oberbürgermeisterin übernehmen. Zur Zeit steht da nur eine halbe Stelle zur Verfügung, die bei einem erweiterten Aufgabenspektrum nicht mehr ausreichen würde.

In Anbetracht der knappen Haushaltsmittel kommt immer wieder die Frage auf, inwieweit man in verschiedenen Bereichen der Verwaltung mehr Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung einbinden kann. Eine solche Einbindung erfordert jedoch neue Kooperationen und Arbeitsweisen der Verwaltung. Hierfür gibt es weder Konzepte noch bewährte Vorgehensweisen. Gerade auch an dieser Stelle wäre die Unterstützung einer Lenkungsgruppe oder entsprechender Arbeitskreise von Vorteil, könnten sie doch neue Lösungsansätze prüfen und für die Verwaltung eine abgestimmte Vorgehensweise entwickeln.

Die Projektgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Verwaltung“ hat sowohl inhaltlich als auch ganz konkret als Vordenker den Weg bereitet für einen weiteren Schritt Heidelbergs zur Bürgerkommune.

Die Ergebnisse werden in die für das Jahr 2005 geplante Fortschreibung des Förderkonzeptes für bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg einfließen. Dem wird ein Tätigkeitsbericht über die Koordinationsstelle Bürgerengagement des OB-Referates vorangehen, in dem u. a. Maßnahmen wie der „Markt der Möglichkeiten“, das Zukunftsforum „Wirtschaft und bürgerschaftliches Engagement“ oder die „Kordinierungsgruppe Bürgerengagement“ im Gesamtzusammenhang der Entwicklung zur Bürgerkommune Heidelberg behandelt werden.

gez.

Beate W e b e r

| Anlage zur Drucksache: | |
|-------------------------------|------------------------------|
| Lfd. Nr. | Bezeichnung |
| A 1 | Mitglieder der Projektgruppe |